

## **Gespräch des Landesvorstands Hessen mit dem Herrn Hessischen Minister der Justiz, für Integration und Europa**

Am 14. Januar 2011 hat sich der beim Gewerkschaftstag im November 2010 neu gewählte Vorstand bei Herrn Staatsminister Jörg Uwe Hahn vorgestellt und die Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch genutzt.

Als Themen hatten wir angesichts der derzeitigen neuen Welle an Gerichtsschließungen die Personalentwicklung, also den zukünftigen Bedarf speziell nichtrichterlichen Personals im Justizbereich, eine mögliche Übertragung von Aufgaben des gehobenen auf den mittleren Dienst und die derzeitige Situation beim Wachtmeisterdienst im Gepäck.

Zum ersten Punkt haben wir die Aussage von Herrn Staatsminister Hahn erhalten, dass – jedenfalls in dieser Legislaturperiode – kein weiterer Stellenabbau mehr erfolgen soll. Bei den Umsetzungen von Personal, dass derzeit bei den zu schließenden Gerichten tätig ist, gilt nach wie vor das Versprechen auf eine sozialverträgliche Durchführung unter Interessenwahrung der Beteiligten.

Wir konfrontierten unsere Gesprächspartner auch mit der von uns vertretenen Meinung, dass angesichts der hohen Belastung des gehobenen Dienstes der mittlere Dienst weitere Aufgaben übernehmen könne, die zurzeit noch von ausgebildeten Rechtspflegern wahrgenommen werden.

Trotz einer konsequenten Absage des Ministers auf eine Aufgabenübertragung von Tätigkeiten des gehobenen auf den mittleren Dienst und einer damit verbundenen Höhergruppierung verfolgt unsere Gewerkschaft diesen Weg weiter. Warum sollen nicht Aufgaben der Verwaltung oder Kostenberechnungen auf den mittleren Dienst übertragen werden können? Dies ist doch die einzige Möglichkeit, die derzeit bestehende Sackgasse im mittleren Dienst zu durchbrechen.

Es wurde zwar nicht ausdrücklich zur Sprache gebracht, aber wir kennen die Haltung des Ministeriums zu einer Verlängerung der Vorbereitungszeit des mittleren Dienstes. Fortbildungsmaßnahmen werden als das bessere Mittel zum Zweck angesehen.

Die Situation des Justizwachtmeisterdienstes betreffend wiesen wir auf den Mangel und die sicherheitsrelevanten Bedenken einer fehlenden Ausbildung hin. Ein Abweichen von der derzeitigen Praxis, keine Wachtmeisteranwärter einzustellen, werden wir nicht erwarten können. Allerdings wird sich das Ministerium um eine zeitlich angemessene Ausbildung neu eingestellter Justizaushelfer kümmern. Unser Beisitzer für die Belange der Justizwachtmeister, Koll. Alexander Hach, **haben** bereits gute Vorarbeit geleistet, damit wir dem Ministerium noch konkrete Vorstellungen zum Thema unterbreiten können.

Wenn das derzeit laufende Projekt bei den Justizbehörden in Frankfurt am Main zur Feststellung einer Neustrukturierung der Wachtmeistereien und des Postein- und ausgangsbetriebes, das vom Ministerium ausdrücklich nicht als Pilotprojekt sondern lediglich als Probelauf angesehen wird, abgeschlossen ist, wird nach der Auswertung der Ergebnisse über das weitere Vorgehen entschieden. Dabei haben wir un-

sere Meinung zur Auslagerung von Arbeiten auf private Dienstleister klargemacht: Eine Privatisierung darf es nicht geben! Wachtmeister, die keinen Sitzungsdienst wahrnehmen, sollten weiterhin mit Aufgaben betraut werden, die die Präsenz in den Gerichten und Staatsanwaltschaften als Vertreter der Staatsgewalt dokumentieren.

Die im Hinblick auf die schlechte Einkommenssituation im einfachen Justizdienst verbreitete Praxis von Fahrgemeinschaften brachte uns noch zum Thema Jobticket. Entgegen der uns bisher vorliegenden Information, dass das Jobticket gestorben sei, erhielten wir die Auskunft, dass weiterhin an einer Möglichkeit eines Vertragsabschlusses mit den zu beteiligenden Verkehrsverbänden gearbeitet wird. Die Federführung liegt weiterhin beim Wirtschaftsministerium. Wir sind gespannt, ob sich doch noch ein Ergebnis einstellt.

Wir bedanken uns beim Hessischen Minister der Justiz, für Integration und Europa für das unter Mitwirkung von MDgt Dr. Köbler, MDgt Dr. Poseck und der persönlichen Referentin des Ministers, Frau Stehlik, stattgefundene Gespräch und für die dem DJG-Vorstand gegenüber geäußerte Bereitschaft, weiterhin im Gespräch zu bleiben.



v. l. n. r.: Staatsminister Jörg-Uwe Hahn, Norbert Jungermann, Rolf Krämer, Horst Schmitt, Reinhold Kramer

Norbert Jungermann  
1. Landesvorsitzender